Sitzung des Hauptausschusses am 18.05.2020

- Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Lünenbach zum Tagesordnungspunkt 8 - "Ausstattung des Gesundheitsamtes" - Antrag der Fraktion BÜR-GERLISTE vom 11.05.2020

Aufgrund der Pandemie mit dem neuen Virus SARS-CoV-2 liegt der besondere Fokus der Ministerien und der Politik auf der Kontaktpersonennachverfolgung. Es wird berechnet, dass hierzu pro 20.000 Einwohner jeweils ein Team mit 5 Mitarbeitern notwendig ist. Hieraus ergibt sich für die Stadt Leverkusen mit ca. 163.000 Einwohnern eine Anzahl von 40 Mitarbeitern. Dieser errechnete Bedarf hat sich bisher nicht bestätigt.

Die Kontaktpersonennachverfolgung ist aktuell mit dem vorhandenen Personal aus dem Fachbereich 53 (Medizinischer Dienst LEV) zu bewältigen. Dies beruht aber auch auf der langjährigen Erfahrung, die hier die Kolleginnen und Kollegen mitbringen. Da im Fachbereich insbesondere speziell ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten, ist die Bindung an den Fachbereich sehr intensiv. Im Falle einer Pandemie, wie wir sie jetzt erleben, wird optimal zusammengearbeitet und überall unterstützt.

Im Falle einer im Verlauf temporär erforderlichen Erweiterung der personellen Ressourcen bis zu der errechneten Größenordnung von 40 Mitarbeitern kann der erhöhte Personalbedarf durch Hinzuziehung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer Fachbereiche gedeckt werden.

In einer erweiterten Perspektive ist allerdings mit Blick auf absehbare zukünftige infektionsepidemiologische Herausforderungen eine nachhaltige personelle Stärkung des Infektionsschutzes im Medizinischen Dienst unabdingbar.

Die derzeitige Ausstattung mit 2,5 Stellen in der Gesundheitsaufsicht mit der notwendigen Ausbildung zum Hygienekontrolleur ist bei einem längeren Pandemieverlauf oder bei Überlagerung mit weiteren epidemischen Geschehen nicht auskömmlich. Aus diesem Grunde ist eine personelle Unterstützung notwendig, um auf Dauer die jederzeitige Handlungsfähigkeit des Fachbereiches sicher zu stellen.

Die im Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE angesprochene grundsätzliche Aufgabenerfüllung wird aber seit jeher hier im Fachbereich umgesetzt.

In den letzten Wochen - noch weit vor der Coronaepidemie - hat der Fachbereich in Verbindung mit Herrn Beigeordneten Lünenbach bereits begonnen, unbesetzte Arztstellen wieder zu besetzen. Diese Maßnahme hat jetzt schon ihre Früchte tragen können. Derzeit wird an der Fortschreibung des Konzeptes gearbeitet, um weitere bereits identifizierte Stellenbedarfe zu decken. Die Einstellung der Ärzte versetzt den Fachbereich aber in die Lage, Aufgabenfelder zu aktivieren, die auch mit Einnahmesteigerungen einhergehen, so dass nicht nur mit Ausgaben zu rechnen ist.

Sobald diese Aufgabenbereiche durch Ärztinnen und Ärzte und entsprechende Zuarbeit von medizinischen Fachangestellten wieder aktiv bearbeitet werden, muss auch die administrative Abarbeitung ausgedehnt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der

Verwaltungsbereich im Fachbereich deutlich unterbesetzt und kann zu Urlaubszeiten auch nicht adäquat vertreten werden. Aufgrund des anstehenden Personalwechsels im Sachgebiet Medizinalaufsicht hat sich jetzt herauskristallisiert, dass dort durch die rechtlichen Änderungen der letzten Monate im Bereich Gesundheitsberufe und Ausbildung von Pflegekräften ein derartiger Anstieg an Arbeitsvorgängen aufgetreten ist, dass hier keine Besetzung im Verfahren 1:1 mehr möglich ist, sondern der gesamte Bereich breiter aufgestellt werden muss. Auch die Zusammenarbeit mit den Stadtteilmanagements muss in die zukünftige personelle Planung einfließen.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Außendarstellung des Fachbereiches, die nur durch die Planung und Entwicklung von dezentralen Angeboten umgesetzt werden kann. Insbesondere das neue Masernschutzgesetz eröffnet hier die Möglichkeit, die Bevölkerung wieder mehr auf die Impfplicht hinzuweisen und auch mit dem entsprechenden Personal wieder das alte Angebot der Impfung im Medizinischen Dienst anzubieten. Gerade im Zusammenspiel mit der Entwicklung von Corona wird das Thema Impfbereitschaft nochmals an Bedeutung gewinnen und einen hohen Stellenwert bei der Bevölkerung erhalten. Dazu bedarf es aber neben den entsprechenden medizinischen Kenntnissen auch entsprechender Öffentlichkeitsarbeit. Der Medizinische Dienst muss auch für die Zukunft in der Leverkusener Bürgerschaft wieder einen Bekanntheitsgrad erlangen, der geeignet ist, den Bürgern und Bürgerinnen die verschiedenen dort verankerten Gesundheitsthemen in ihren konkreten lebensweltlichen Bezügen näher zu bringen. Derzeit liegen diese Bereiche brach, da die personelle Ausstattung mit entsprechenden ausgebildeten Kollegen nicht vorhanden ist.